



Abstimmungsvorlage vom 18. Juni 2023 (voraussichtlich)

Referendumsabstimmung Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) (Gegenvorschlag Gletscher-Initiative)

Ausgangslage

Am 27.11.2019 wurde die Volksinitiative «Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)» eingereicht. Sie fordert das ein, wofür sich die Schweizer Regierung zusammen mit über 180 Staaten im Pariser Klimaabkommen verpflichtete: Ein Ausstieg aus fossilen Energien und eine Netto-Null-Gesellschaft ab 2050. Die EVP hat sich an der Unterschriftensammlung beteiligt und die Initiative unterstützt.

Das Parlament erarbeitete einen indirekten Gegenvorschlag, der in der Herbstsession 2022 durch das National- und Ständerat angenommen wurde. Die Gletscher-Initiative wurde bedingt zurückgezogen, weil ein wirksamer und rascher Klimaschutz durch den Gegenvorschlag möglich wurde. Die SVP hat dem Gegenvorschlag nicht zugestimmt und das Referendum ergriffen.

Die Unterschriftensammlung für das Referendum läuft unter dem Titel «Nein zum Stromfresser-Gesetz» und weist darauf hin, dass eine sichere und bezahlbare Stromversorgung vor dem angepeilten «Netto-Null bis 2050» Priorität habe. Es ist davon auszugehen, dass die Unterschriftensammlung erfolgreich sein wird. So wird die Volksabstimmung über den Gegenvorschlag frühestens am 18.06.2023 und spätestens am 03.03.2024 stattfinden.

Hintergrund

Der Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative hat klare Verminderungsziele gesteckt: Bis 2040 müssen die Emissionen gegenüber 1990 um 75 Prozent zurückgehen, so weit als möglich durch die Reduktion des Treibhausgas-Ausstosses im Inland. Bund und Kantone müssen spätestens bis 2050 Speicher für Kohlestoff im In- und Ausland bereitstellen, damit das Netto-Null-Ziel erreicht werden kann. Zwischenziele sollen auch für die Hausbesitzer, den Verkehr und die Industrie gelten. Insgesamt wurden 3,2 Milliarden Franken an Finanzhilfen für den Ersatz fossiler Heizungen und Sanierungen sowie für die Förderung zu Gunsten neuer Technologien gesprochen.

Der Indirekte Gegenentwurf wurde von einem Bundesgesetz über dringliche Massnahmen zur kurzfristigen Bereitstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter (Änderung des Energiegesetzes) ergänzt. Grosse Solaranlagen in den Bergen sollen erleichtert bewilligt werden und Investitionen sollen mit Geld aus dem Netzzuschlag unterstützt werden. Diese Solar-Offensive ist durch das Referendum nicht betroffen.

Empfehlung

Nationalrat (139:51) und Ständerat (38:4) haben das Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (den indirekten Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative) angenommen.

Pro Gesetz https://gletscher-initiative.ch/	Kontra Gesetz (Für das Referendum) https://energiekrise-nein.ch/
<ul style="list-style-type: none"> <p>• Für eine ambitionierte Klimapolitik Der Klimawandel bedroht die menschliche Zivilisation, wie wir sie kennen. Hitzetage führen zu Todesfällen, das Schwinden der Gletscher bringt den Wasserhaushalt durcheinander, der Landwirtschaft machen Trockenperioden zu schaffen, Schutzwälder werden geschwächt und der Fichte wird es im Mittelland zu warm.</p> <p>• Das Zeitalter der fossilen Energien beenden Die fossilen Energien waren praktisch und billig. Doch das Verbrennen von Erdöl, Erdgas und Kohle heizt das Klima an. Zudem führt deren Nutzung zu Machtkonzentrationen, hält autoritäre Regimes an der Macht. Heute verfügen wir über saubere, dezentrale und erneuerbare Alternativen.</p> <p>• Planungssicherheit Das Gesetz setzt dem Ausstieg ein Datum und schafft damit Planungssicherheit für Investorinnen und Investoren.</p> <p>• Technologiestandort aufwerten Um die Klimakrise zu bewältigen, muss das Energiesystem weltweit umgebaut werden. Dieser Umbau hat längst begonnen. Die Schweiz als führender Wissenschafts- und Technologiestandort kann dies als Chance nutzen. Die Schweizer Hochschulen sind prädestiniert, Lösungen zu entwickeln, die weltweit wirken.</p> <p>• Einheimische Energie und Wertschöpfung Bis zu 7 Milliarden Franken jährlich gab die Schweiz in den letzten Jahren für fossile Energien aus. Es wäre besser, die einheimische Energie zu unterstützen, die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.</p> <p>• Internationale Solidarität Weltweit verlieren Millionen ihre Lebensgrundlage und werden in die Flucht getrieben. Arme Länder können sich oft keine Erhaltung der Lebensgrundlagen leisten. Wer am wenigsten zum Klimawandel beigetragen hat, ist am härtesten von seinen Folgen betroffen.</p> 	<ul style="list-style-type: none"> <p>• Weniger Strom Das Klimaschutz-Gesetz ist in Wahrheit ein «Stromfresser-Gesetz». Heizöl, Benzin, Diesel und Gas sollen verboten werden. Das Resultat: Der Stromverbrauch steigt massiv. Denn Heizen und Auto fahren wären nur noch elektrisch möglich.</p> <p>• Explodierende Strompreise Das Klimaschutz-Gesetz vervielfacht den Stromverbrauch bis 2050. Die Preise werden angesichts der steigenden Nachfrage und der künstlichen Verknappung weiterwachsen. So wird genügend Strom zum Luxus. Eine wahrscheinliche Folge ist, dass die Industrie ihre Produktion ins Ausland verlegen muss.</p> <p>• Ausstieg ohne Plan Es gibt keinen Plan, wie gleichzeitig genügend bezahlbarer und unabhängiger Strom für alle produziert werden kann.</p> <p>• 347 Milliarden Kosten Der geplante Umbau der Energieversorgung führt zu geschätzten Kosten von 347 Milliarden Franken. Bezahlen müssen die Hausbesitzer und Mieter, die Auto-, Lastwagen- und Töff-Fahrer, die Familien, und Gewerbler.</p> <p>• Verbote ohne Mitsprache Das Klimaschutz-Gesetz ermöglicht viele Massnahmen ohne Mitbestimmungsrecht: Verbot von Flugreisen, Einschränkungen des Fleischkonsums, Verbot von Öl- und Gasheizungen, Verbot von Diesel- und Benzinfahrzeugen und Zwang zum teuren Einbau von Solaranlagen.</p> <p>• Vollmachten Zusätzlich kann der Bundesrat mit dem Klimaschutz-Gesetz im Alleingang Vorschriften zum Erreichen von «2050 Netto Null» erlassen. Zum Beispiel Vorschriften für die Dämmung von Fassaden und Dächern alter Häuser oder Zwangsverordnungen für die Ausrüstung aller Hausdächer mit Solaranlagen. Oder das Verbot von Diesel- und Benzin-Motoren.</p>